

PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG EUROPA-MITTELMEER

ENTSCHLIESSUNG

der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer

zur Bewertung des Barcelona-Prozesses anlässlich seines zehnten Jahrestages

angenommen am 15. März 2005 in Kairo (Ägypten)

auf der Grundlage der EntschlieÙung, die von Frau Tokia Saïfi, Vorsitzende, im Namen des politischen Ausschusses für Sicherheit und Menschenrechte vorgelegt wurde

Die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer:

- unter Hinweis auf die Erklärung von Barcelona vom 28. November 1995 und ihr Arbeitsprogramm,
 - unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen aller Europa-Mittelmeer-Ministerkonferenzen sowie der sektoriellen Ministerkonferenzen, die seit der Einleitung des Barcelona-Prozesses stattgefunden haben,
 - unter Hinweis auf die Erklärungen der fünf Plenartagungen des Euro-mediterranen Forums seit seiner Einrichtung im November 1998 bis zu seiner Umwandlung in die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer (PVEM) auf der VI. Ministerkonferenz von Neapel vom 3. Dezember 2003,
 - in Kenntnis der Zusage der Europa-Mittelmeer-Ministerkonferenz auf ihrem Treffen vom 5. und 6. Mai 2004 in Dublin hinsichtlich der Konsultation der PVEM,
 - gestützt auf Artikel 3 Absatz 1 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass die Mittelmeerpolitik eine der Prioritäten der auswärtigen Beziehungen der Europäischen Union darstellt; unter erneutem Hinweis darauf, dass die Ministerkonferenz von Barcelona einen historischen Wendepunkt in den Europa-Mittelmeer-Beziehungen darstellte,
- B. in der Erwägung, dass die Erklärung von Barcelona und das beigefügte Arbeitsprogramm einen multilateralen und nachhaltigen Rahmen geschaffen haben, der im Wesentlichen zwischenstaatlich ist und sich auf einen Geist globaler Partnerschaft über drei Achsen gründet, die die drei Teilbereiche der Partnerschaft darstellen:
- ein vertiefter und regelmäßiger politischer Dialog,
 - der Ausbau der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit,
 - eine stärkere Bewertung der sozialen, kulturellen und menschlichen Dimension; unter erneutem Hinweis darauf, dass der multilaterale Rahmen als Ergänzung zu einer Vertiefung der bilateralen Beziehungen zu sehen ist,
- C. unter Betonung der Tatsache, dass die Unterzeichnerstaaten von Beginn an der Auffassung waren, dass die Konferenz von Barcelona die Grundlagen für einen offenen und evolutiven Prozess gelegt hat, der sich auf die Prinzipien (Gleichheit, Mitverantwortung, Solidarität und gemeinsame Beteiligung) und Ziele stützt, die in der Schlusserklärung festgelegt wurden,

- D. in der Erwägung, dass der Barcelona-Prozess aus der Energie und dem Optimismus der Friedenskonferenz von Madrid und der Friedensabkommen von Oslo entstanden ist, die neue Perspektiven für eine Lösung des Konflikts im Nahen Osten boten,
- E. allerdings auch in der Erwägung, dass die Ereignisse zu Beginn dieses Jahrhunderts (die Stagnation des Projekts zur Schaffung von Frieden zwischen Israel und Palästina, die Terroranschläge in New York und später in Madrid, der Krieg im Irak und der lange Weg hin zum Frieden, der von Konflikten und Gewalt in diesem Land überschattet ist) den internationalen Rahmen grundlegend verändert haben, der für die Ergebnisse des Barcelona-Prozesses maßgeblich ist,
- F. in der Überzeugung, dass der Konflikt im Nahen Osten weiterhin ein bedeutendes politisches Problem darstellt, und dass es sich die Europa-Mittelmeer-Gemeinschaft nicht leisten kann, sich mit diesem Konflikt, der schwer auf der Effizienz des Barcelona-Prozesses lastet, nicht auseinander zu setzen,
- G. in der Erkenntnis, dass sich seit seiner Einleitung die Wechselbeziehung zwischen der Europäischen Union und ihren Mittelmeerpartnern immer deutlicher erwiesen hat, von der Energieversorgungssicherheit über die Einwanderung, die nachhaltige Entwicklung, den Handel, die Investitionen, die kulturellen Kontakte und die Kontakte zwischen den Zivilisationen sowie den Kampf gegen den Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bis zum Schutz des ökologischen Erbes,
- H. in der Erwägung, dass die Völker der Europäischen Union und der Partnerländer im Mittelmeerraum nicht an eine Konfrontation der Zivilisationen glauben, und dass die öffentliche Meinung in Europa und im Mittelmeerraum mit großer Mehrheit diese gefährliche Annahme verwirft,
- I. unter Betonung der Tatsache, dass der Barcelona-Prozess derzeit der einzige Versuch in der gesamten Europa-Mittelmeer-Region ist, durch den seit sechs Jahren versucht wird, einen auf gemeinsamen Werten gegründeten Raum der Stabilität und des Wohlstands durch einen neuartigen Ansatz bei den internationalen Beziehungen zu schaffen, bei dem auf eine immer engere, solidere und ausgewogenere Zusammenarbeit zwischen allen Staaten und Völkern des Europa-Mittelmeerraums Wert gelegt wird,
- J. unter erneutem Hinweis darauf, dass die Achtung und Verteidigung der Menschenrechte sowie der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in den Ländern des Mittelmeerraums die wesentliche Grundlage für den Barcelona-Prozess sind, der sowohl aus den Assoziationsabkommen als auch dem multilateralen Rahmen der Zusammenarbeit Europa-Mittelmeer besteht,
- K. in der Überzeugung, dass die Erweiterung der Europäischen Union auf 25 Mitgliedstaaten als eine Chance für die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft gesehen werden muss, und unter Betonung der Tatsache, dass eine höhere Zahl politischer

Akteure zahlreiche positive Ansatzpunkte für die Arbeitsmethoden des Barcelona-Prozesses bietet,

- L. in der Erwägung, dass der Barcelona-Prozess die Institutionalisierung des multilateralen Dialogs (von Region zu Region) zwischen den nationalen Parlamenten der Europa-Mittelmeer-Länder des Barcelona-Prozesses und dem Europäischen Parlament gefördert hat, der nicht nur zwischenstaatlichen, sondern auch parlamentarischen Charakter hat,
- M. unter Hinweis auf die Tatsache, dass während der letzten neun Jahre elf Europa-Mittelmeer-Konferenzen der Außenminister und 21 gemeinsame Ministerkonferenzen zu fast allen Tätigkeitsbereichen stattgefunden haben, was die Intensität dieses multilateralen offiziellen Dialogs beweist,
- N. in der Erwägung, dass die wirtschaftliche Kluft zwischen den beiden Ufern des Mittelmeers trotz der eingesetzten Haushalts- und Finanzmittel (6,4 Milliarden EUR des Gemeinschaftshaushalts, die der finanziellen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mittelmeerpartnern seit 1996 zugewiesen wurden, und 1,8 Milliarden EUR an Beihilfen für die Palästinensische Autonomiebehörde seit Beginn des Friedensprozesses im Jahr 1994) noch tiefer geworden ist,
- O. in der Überzeugung, dass der Prozess der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung in den arabischen Partnerländern trotz der bereits erreichten Fortschritte beschleunigt werden sollte, und dass die Herausforderung in dieser Hinsicht gewaltig ist, wie dies auch von bestimmten internationalen Institutionen bereits betont wurde: 65 % der Bevölkerung dieser Länder ist jünger als 25 Jahre, und im Zeitraum 2000 bis 2010 wird die Zahl der Menschen, die neu zur aktiven Bevölkerung stoßen, durchschnittlich etwa 4,2 Millionen jährlich betragen, d. h. das doppelte der Neueinsteiger während der vorhergehenden zwei Jahrzehnte,
- P. unter erneutem Hinweis darauf, dass die arabischen Länder ausweislich der Erklärung von Tunesien zu Reform und Modernisierung, die im Mai 2004 von der Arabischen Liga angenommen wurde, zum Ausdruck gebracht haben, dass sie bereit sind, diese Herausforderung zu meistern,
- Q. unter Hinweis darauf, dass es weitere politische Initiativen vor kurzem durch die Erklärung von "Sea Island" der G-8 ("Weiterer Mittlerer Osten und Nordafrika"), die europäische Nachbarschaftspolitik und die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und dem Mittelmeerraum sowie dem Mittleren Osten gab,
- R. in der Erwägung, dass zur Effizienz der Tätigkeit der EU, deren Dynamik vom politischen Willen herrührt, der sich im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer ausdrückt, auch der Kontext der transatlantischen Beziehungen berücksichtigt werden muss,

- S. in Anerkennung der Tatsache, dass die bilateralen Freundschafts-, Kooperations- und Nachbarschaftsverträge sowie die Instrumente für eine verstärkte politische Konsultation, durch die viele Staaten des Europa-Mittelmeerraums verbunden sind, zur Erreichung der Ziele Frieden, Stabilität und Wohlstand für die Region beitragen,
- T. in der Überzeugung, dass die subregionalen Nord-Süd-Initiativen wie etwa der „Dialog 5+5“ dazu beitragen können, die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft in ihrer Gesamtheit besser darzustellen sowie die Süd-Süd-Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ländern des westlichen und östlichen Mittelmeerraums zu stärken,
- U. in der Erwägung, dass sich die Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und den Partnerländern des Mittelmeerraums weiterhin auf sehr solide Grundlagen stützen, und dass die Europäische Union unverändert einen beträchtlichen Überschuss im Handel mit den Mittelmeerpartnern zu verzeichnen hat,
- V. unter Hinweis darauf, dass der Schwachpunkt des den Handel betreffenden Teils des Barcelona-Prozesses in der Einseitigkeit und der Stagnation der Handelsbeziehungen zwischen den 10 Partnerländern des südlichen Ufers des Mittelmeers besteht, was die Einrichtung einer Freihandelszone bis zum Jahr 2010 erschwert,
- W. unter Betonung der Tatsache, dass insofern das Abkommen von Agadir, das die Liberalisierung des Handels zwischen Marokko, Tunesien, Ägypten und Jordanien ermöglicht, ein gutes Beispiel für den einzuschlagenden Weg ist, wenn man will, dass dieses Ziel erreicht wird,
- X. unter Hinweis darauf, dass 2005 von der Europa-Mittelmeer-Ministerkonferenz in Den Haag zum „Jahr des Mittelmeers“ erklärt wurde,
- Y. in der Überzeugung, dass die Institutionalisierung der parlamentarischen Dimension des Barcelona-Prozesses in der Lage ist, der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft neue Impulse zu verleihen,

Der Barcelona-Prozess: ein Konzept für Zusammenarbeit, das immer noch Gültigkeit hat

1. nimmt zur Kenntnis, dass der Barcelona-Prozess zu einer wichtigen wirtschaftlichen und politischen Größe für alle Partner geworden ist; erinnert daran, dass der Barcelona-Prozess gegenüber anderen multilateralen und bilateralen politischen, die Region betreffenden Initiativen aus jüngster Zeit auf einen konzeptionellen Rahmen zurückgreifen kann, der durch eine lange Erfahrung der Zusammenarbeit und des finanziellen Engagements, die bereits Früchte getragen haben, an Wert gewonnen hat,

2. stellt das grundsätzliche Interesse der Partner am Barcelona-Prozess fest, der den wesentlichen Bezugsrahmen für die Beziehungen der Zusammenarbeit und der Solidarität zwischen der Europäischen Union und den Partnerländern des Mittelmeerraums darstellt;
3. stellt fest, dass die Ziele und die Philosophie der Zusammenarbeit, die durch die Erklärung von Barcelona von 1995 festgelegt wurden, noch essentiell gültig sind und dass sie für die Europa-Mittelmeerpartnerschaft sogar noch an Bedeutung gewonnen haben; ist in diesem Zusammenhang der Überzeugung, das seither viel getan wurde, um die Ziele zu erreichen, dass aber noch viel zu tun bleibt, um dorthin zu gelangen;
4. ist der Meinung, dass der Barcelona-Prozess, wenn er auch noch nicht alle erwarteten positiven Effekte hatte und auch noch nicht zu einem dauerhaften Abbau der Spannungen und einer entscheidenden Verminderung der Trennlinien zwischen dem Süden und dem Norden des Mittelmeerraums beigetragen hat, eben weil er perfektioniert werden kann, weiterhin der geeignete Rahmen für die politische Konsultation und die wirtschaftliche Zusammenarbeit ist, durch den auf wirkungsvolle Weise ein Beitrag zur Förderung des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum geleistet werden kann;
5. ist der Meinung, dass der Barcelona-Prozess auf seine Art eine einzigartige Erfahrung als Rahmen der Abstimmung und der Kooperation auf vielfältige Art und Weise darstellt; ist der Auffassung, dass die Institutionalisierung eines multilateralen Dialogs einen der bedeutsamsten Fortschritte darstellt, da er Ministern und hohen Beamten der nördlichen und südlichen Anrainerstaaten die Möglichkeit gibt, sich in regelmäßigen Abständen zu treffen, um die Probleme der Region zu erörtern und gemeinsam Lösungen zu finden;
6. wünscht allerdings, dass praktische Modalitäten gefunden werden, die die Länder der Mittelmeerpartnerschaft in die Lage versetzen, eine wichtigere Rolle in diesem offiziellen politischen Dialog zu spielen, um die Mitverantwortung, den Protagonismus und den Geist der müssen; ist der Auffassung, dass insofern die Prinzipien der Ko-Präsidentschaft und der abwechselnden Tagungsorte für die Ministertreffen so bald wie möglich umgesetzt werden sollten;
7. stellt fest, dass die Dynamik des institutionellen Dialogs beginnt, die Unternehmerschaft und die Gewerkschaften, die Gebietskörperschaften, die großen Städte, die Universitäten und die Zivilgesellschaft zu beeinflussen; ermuntert alle diese Akteure, mehr zur Darstellung dieses „Kontaktnetzes“ beizutragen, das für die Förderung des Dialogs und des gegenseitigen Verständnisses, den Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken sowie für Arbeitsplatz schaffende Investitionen so wichtig ist;
8. betont, dass die kürzlich gegründete „Anna Lindh“-Stiftung für den Dialog zwischen den Kulturen und Zivilisationen, die Schaffung der Plattform der NRO für das Bürgerforum und die Schaffung der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer als einer parlamentarischen Institution des Barcelona-Prozesses im Jahr 2004 ebenfalls handfeste Ergebnisse sind, die die Zusammenarbeit im Bereich der Demokratisierung und der Menschenrechte begünstigen und die Europa-Mittelmeerpartnerschaft den Bürgern näher bringen dürften;

9. betont, dass der Abschluss vom Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommen mit neuen Partnerländern und die Paraphierung des Abkommens mit Syrien ein bedeutendes Ergebnis des Barcelona-Prozesses sind; ist insofern der Auffassung, dass man anstreben sollte, dass dieses „Netz von Abkommen“, das für die für Investitionen notwendige Rechtssicherheit sorgt, in vollem Umfang operativ wird und durch Süd-Süd-Abkommen, wie dem Abkommen von Agadir, ergänzt wird, wobei es aber allen Partnern offen stehen muss;
10. betont, dass die finanziellen Hilfsmittel der Partnerschaft (die MEDA I und MEDA II-Programme, die Darlehen der EIB und die finanzielle Fazilität FEMIP), was ihren Einsatz betrifft, ein nicht zu unterschätzendes Ergebnis des Barcelona-Prozesses sind, ohne dass verkannt wird, dass sie den Staaten des Südufers des Mittelmeers nicht gleichmäßig zugute gekommen sind;
11. stellt fest, dass der politische und Sicherheitsdialog - wenn auch kaum Fortschritte bei der Europa-Mittelmeer-Charta für Frieden und Stabilität zu verzeichnen sind, deren Annahme weiterhin wegen dem Nahost-Konflikts blockiert ist, zu verzeichnen sind - in jüngster Zeit intensiver und effektiver geworden ist; nimmt die Tatsache zur Kenntnis, dass die Europa-Mittelmeerpartner damit beginnen, sensible Fragen, wie die Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Nichtverbreitung von Waffen, zu erörtern; besteht darauf, dass der Kampf gegen den Terrorismus unter peinlich genauer Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts, einschließlich des humanitären Rechts und des Flüchtlingsrechts, geführt werden muss; erinnert auch daran, dass diese Verpflichtungen das Verbot der Folter und anderer unmenschlicher oder entwürdigender Behandlungen oder Strafen umfassen;
12. ist besorgt über die Tatsache, dass im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus eine bestimmte Anzahl von Staaten die Verabschiedung von Rechtsvorschriften vorgenommen oder angekündigt hat, die nicht mit internationalen Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte, des internationalen humanitären Rechts, des Flüchtlingsrechts und der Grundsätze des Rechtsstaats in Einklang stehen;
13. begrüßt insofern die Aufnahme der Klauseln der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen in die kommenden Abkommen und Aktionspläne; unterstreicht die Tatsache, dass derartige Maßnahmen von allen Partnern ausnahmslos durchgeführt werden müssen, damit aus dem Mittelmeer ein Raum ohne Massenvernichtungswaffen wird; fordert eine stärkere Einbeziehung der Partnerländer im Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik; fordert, dass alle Europa-Mittelmeerländer den Nichtverbreitungsvertrag (NVV) unterzeichnen;
14. erinnert daran, dass Fortschritte hinsichtlich der Achtung der Menschenrechte und des Aufbaus des Rechtsstaats und der Demokratie im Mittelmeerraum zu den Zielen zählen, die nach der Erklärung von Barcelona erreicht werden sollen;
15. begrüßt die in unterschiedlichen Formen ablaufende Entwicklung des Prozesses der parlamentarischen Demokratie in der Region;

16. fordert die Einsetzung von Unterausschüssen für Menschenrechte im Rahmen der Assoziationsabkommen, um einen strukturierten Dialog über Menschenrechte und Demokratie zu entwickeln; ist der Auffassung, dass derartige Unterausschüsse ein Schlüsselement der Aktionspläne darstellen; unterstreicht die Bedeutung der Konsultation und der Einbindung der Zivilgesellschaft in die Arbeit dieser Unterausschüsse, um die Menschenrechtslage besser überprüfen zu können;
17. ist der Auffassung, dass die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte (EIDM) eine entscheidende Rolle im Rahmen des Barcelona-Prozesses bei der Förderung der Werte spielen muss, auf die sich die EU gründet; fordert insofern, dass der Umfang dieses Instruments im Rahmen der Europa-Mittelmeerpartnerschaft ausgeweitet wird, um die Entwicklung und Festigung der Zivilgesellschaften und der Nichtregierungsakteure zu unterstützen;
18. stellt fest, dass der Vergleich zwischen den Zielen und dem Stand der Verwirklichung in den anderen Bereichen der Partnerschaft recht uneinheitlich ausfällt, und stellt fest, dass in einer bestimmten Anzahl von Fällen (Informationsgesellschaft, Gesundheit) die konkreten Ergebnisse relativ bescheiden sind, und dass es den Bemühungen an Kontinuität fehlt;

Die „zentrale Stellung“ des Barcelona-Prozesses

19. hält es für wünschenswert, die bestehende Verwirrung im Zusammenhang mit der Vielzahl der politischen Initiativen zum Mittelmeerraum zu beseitigen, wobei es um diejenigen geht, die ausschließlich von der Europäischen Union auf den Weg gebracht wurden, und diejenigen, an denen die Mitgliedstaaten beteiligt sind; ist insofern der Auffassung, dass der wiederbelebte Barcelona-Prozess die europäische Nachbarschaftspolitik und die strategische Partnerschaft als zwei den Barcelona-Prozess ergänzende Projekte umfassen müsste, die neue Perspektiven eröffnen, ihn bereichern und zusätzliche Synergien für die Gesamtheit der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft freisetzen;
20. fordert den Ministerrat der Union und die Kommission auf, das institutionelle und operative Verhältnis zwischen dem Barcelona-Prozess, der Nachbarschaftspolitik und der strategischen Partnerschaft klarzustellen;
21. wünscht, dass der wiederbelebte Barcelona-Prozess („*Barcelona Plus*“) einen zentralen Platz in der Europa-Mittelmeerpartnerschaft einnimmt, denn er bleibt der Schlüssel zum Erfolg der Partnerschaft und für den Dialog zwischen der Europäischen Union und dem Mittelmeerraum;
22. stellt fest, dass der Barcelona-Prozess eine Stärkung erfährt sowohl durch eine neue europäische Nachbarschaftspolitik, durch die insbesondere die verantwortungsvolle Regierungsführung sowie die wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte der Partnerschaft gefördert werden sollen, als auch durch die gesteigerte Bedeutung, die einer strategischen Partnerschaft zwischen der Union und der Region für eine engere Zusammenarbeit im

Bereich des Kampfes gegen den Terrorismus und der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie dem Dialog und der Zusammenarbeit im Bereich der Einwanderungs-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zukommt;

23. betont die Tatsache, dass die europäische Nachbarschaftspolitik als Ergänzung des Barcelona-Prozesses keinesfalls die Prinzipien – Gleichheit, Mitverantwortung, Solidarität und Zusammenarbeit – oder den multilateralen Rahmen von Barcelona aus den Augen verlieren darf; lenkt die Aufmerksamkeit auf die Gefahr, dass die bilaterale Abhängigkeit der Partnerländer von der Europäischen Union zunimmt, wenn man sich ausschließlich auf den differenzierten bilateralen Ansatz konzentriert und somit die bereits existierende, noch schwache subregionale Zusammenarbeit untergräbt;

Auf dem Weg zu „Barcelona Plus“ im Rahmen einer „Allianz der Zivilisationen“

24. ist der Auffassung, dass der zweite Jahrestag der Erklärung von Barcelona eine gute Gelegenheit bietet, die Ergebnisse ihrer Umsetzung zu bewerten und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ufern des Mittelmeers auf ein höheres Niveau zu stellen; hofft, dass die Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der Europäischen Union wie vorgesehen im Jahr 2005 gemäß den Bedingungen des vom Europäischen Rat im Dezember 2004 angenommenen Beschlusses beginnen können;
25. betont, dass der Erfolg der Entwicklungspolitik im Mittelmeerraum und die Garantie einer wirkungsvolleren Partnerschaft zwischen den Ländern der beiden Ufer eng mit der Einrichtung eines Klimas der Sicherheit und der Stabilität in der Region zusammenhängt;
26. ist besorgt darüber, dass in den Ländern des Mittelmeerraums auf Forderung bestimmter Mitgliedstaaten der Union so genannte „Erstaufnahmeeinrichtungen“ für Einwanderer, die in die Union einreisen wollen, eingerichtet werden sollen, die die Mindestgarantien für die betreffenden Personen hinsichtlich der Grundrechte nicht bieten; erinnert daran, dass die Steuerung der Migrationsflüsse nicht ausschließlich aus Sicherheitserwägungen heraus erfolgen darf, sondern auf die Lenkung einer nachhaltigen und sozialen Entwicklung der Länder des Mittelmeerraums ausgerichtet sein muss;
27. erinnert an die gemeinsame Verantwortung, die alle Europa-Mittelmeerstaaten bei der Steuerung der Nord-Süd-Migrationsflüsse trifft und die sowohl – am Südufer insbesondere – die Bekämpfung der illegalen Einwanderung und des Menschenhandels sowie – am Nordufer insbesondere – die Schaffung von wirtschaftlichen Bedingungen für die soziale Entwicklung des südlichen Mittelmeerraums sowie eine würdige Aufnahme unter Achtung der Menschenwürde umfasst;
28. erinnert daran, dass heutzutage wie bereits vor zehn Jahren die gemeinsame Herausforderung, vor der der Barcelona-Prozess steht, die gleiche ist: die Sicherheit für die Staaten und die Völker – ohne Kriege, Terrorismus oder andere Gewaltanwendung – und die wirtschaftliche und soziale Sicherheit, die dem Wachstum, den Investitionen, dem Handel, der Beschäftigung und dem sozialen Fortschritt für alle Mittelmeerpartner größere Möglichkeiten einräumt;

29. begrüßt die Wahl von Mahmoud Abbas als Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde vom 9. Januar 2005 in Wahlen, die von allen nationalen und internationalen, im Westjordanland, in Gaza und in Ost-Jerusalem anwesenden Beobachtern als frei und demokratisch eingeschätzt wurden, und die neue Perspektiven für den Dialog im Nahen Osten eröffnen;
30. begrüßt das neue und ermutigende Klima im politischen Dialog zwischen Israelis und Palästinensern, die Wiederaufnahme der hochrangigen Kontakte zwischen den Parteien und den gemeinsamen Willen, zu einer friedlichen Lösung des Konflikts zwischen Israel und Palästina mit der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zu gelangen; ruft alle anwesenden Parteien auf, eine Antwort auf die noch offen stehenden Fragen durch politische und direkte Verhandlungen im Rahmen der sogenannten „Road Map“ für den Frieden, die beide Parteien akzeptiert haben, zu finden;
31. legt der internationalen Gemeinschaft nahe, diesen Prozess zu unterstützen, der auf der beabsichtigten Lösung durch zwei Staaten gemäß den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen sowie auf dem Grundrecht der Völker Israels und Palästinas beruhen muss, in Frieden und Sicherheit innerhalb international anerkannter Grenzen zu leben; fordert beide Parteien auf, von jeder Handlung abzusehen, die dem Prozess für einen dauerhaften Frieden schadet;
32. berücksichtigt in diesem Rahmen uneingeschränkt die Sorgen der palästinensischen Delegation hinsichtlich wichtiger Fragen, wie etwa die Sicherheit, die Entscheidung des IGH zur israelischen Trennmauer (dem sogenannten „Sicherheitszaun“), den Flüchtlingen, den Siedlungen und den Fragen im Zusammenhang mit dem endgültigen Status der Verhandlungen; berücksichtigt desgleichen uneingeschränkt die Sorgen der israelischen Delegation hinsichtlich wichtiger Fragen wie u.a. der Sicherheit; die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer verurteilt aufs schärfste jede Art von Terrorismus und Aufwiegelung zum Hass, unabhängig davon, was der Ursprung ist;
33. legt den Parteien nahe, das neue Klima der Zusammenarbeit zu nutzen, das durch den gestärkten Barcelona-Prozess, insbesondere in seiner parlamentarischen Dimension, geschaffen wurde, die ihren Ausdruck in der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer findet, denn dies ist ein einzigartiger Rahmen für die Förderung des Dialogs sowie die Gelegenheit, zu einer friedlichen, gerechten und dauerhaften Lösung beizutragen; nimmt im Rahmen seiner Bemühungen um einen Beitrag zu dem notwendigen politischen Dialog zwischen den beiden Parteien die Zusage seines politischen Ausschusses zur Kenntnis, eine Debatte über den Konflikt zwischen Israel und Palästina im weiteren Sinne durchzuführen, und beschließt gemäß einer noch zu erstellenden Geschäftsordnung, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die zu einer Verbesserung des Dialogs für den Frieden und die Sicherheit in der Region führen sollte;
34. beobachtet allerdings, dass die Fortschritte im Rahmen des Friedensprozesses im Nahen Osten keine Vorbedingung für die Durchführung von wirtschaftlichen und politischen Reformen in der Region und umgekehrt sein dürfen; sowohl der Frieden als auch die Reformen sind beide notwendig und müssen mit der gleichen Entschlossenheit angestrebt werden, wobei sie sich gegenseitig verstärken;

35. begrüßt die politische Entwicklung in der Islamischen Republik Libyen in Richtung auf die Akzeptierung des Geistes und der Grundsätze des Barcelona-Prozesses, was den Weg für eine vollständige und gänzliche Integration dieses Landes in den Prozess eröffnen könnte;
36. begrüßt die vor kurzem erfolgte Reform des Familiengesetzes in Marokko, die die Rechte der Frau in diesem Land sowie ihre gesetzlichen Ansprüche erheblich ausgeweitet hat;
37. ist erfreut über das große politische Engagement, das die Bevölkerung am Südrand des Mittelmeers beispielsweise im Libanon, in Palästina und in Marokko vor kurzem an den Tag gelegt hat; ist der Auffassung, dass der Forderung nach demokratischer Beteiligung und verantwortungsvoller Regierungsführung, die die Völker der Region erhoben haben, immer mehr Gehör geschenkt werden muss;
38. verurteilt aufs schärfste das Attentat, das zum Tod des früheren Präsidenten des libanesischen Ministerrats, Rafic Hariri, sowie anderer unschuldiger Zivilisten geführt hat; wünscht im Einklang mit der Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 15. Februar, dass die Hintergründe, Umstände und Auswirkungen dieses Attentats vollständig aufgeklärt werden; fordert die libanesischen Behörden auf, weiterhin uneingeschränkt mit der Untersuchungskommission der UNO zusammenzuarbeiten;
39. wünscht, dass dieser Mord und der Rücktritt der Regierung den Wahlprozess im Libanon nicht in Frage stellen, und unterstreicht die Bedeutung der Abhaltung transparenter und demokratischer Parlamentswahlen in diesem Land in den festgesetzten Fristen; weist darauf hin, dass es dem Europäischen Parlament obliegen würde, über die Entsendung einer Beobachterdelegation zu den Parlamentswahlen im Libanon zusammen mit anderen Institutionen der Europäischen Union sowie der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der PVEM zu entscheiden, falls die libanesische Regierung eine Einladung aussprechen sollte;
40. erinnert daran, wie wichtig es ist, die Resolution 1559 des Sicherheitsrats der UNO durchzuführen, und bekräftigt, dass der internationalen Gemeinschaft die territoriale Integrität, die Souveränität und die Unabhängigkeit des Libanons wichtig ist; fordert den totalen Rückzug der syrischen Truppen aus dem Libanon; nimmt die Ankündigung hinsichtlich der ersten Truppenverlegung zur Kenntnis, fordert aber, dass ihr Rückzug schnellstmöglich abgeschlossen wird;
41. ist allerdings der Auffassung, dass die Intensivierung der Kontakte zwischen Parlamentariern im Rahmen des Barcelona-Prozesses sowohl auf regionaler als auch auf subregionaler Ebene eines der wichtigsten politischen Ziele der Europa-Mittelmeerpartnerschaft sein müsste;
42. betont, dass die Europäische Union durch die Einbeziehung der Mittelmeerpolitik in den Rahmen des ersten Teils des Verfassungsvertrags (Titel VIII Artikel 56) eindeutig

beweist, wie sehr das „nähere Umfeld“ der Union als eine Region von strategischem Interesse eingeschätzt wird;

43. stellt fest, dass die Einrichtung der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer Hoffnungen in der Zivilgesellschaft geweckt hat, die davon ausgeht, dass die Versammlung ein Instrument darstellt, das geeignet ist, eine neue Dynamik zu schaffen, durch die konkrete Fortschritte im Bereich der Menschenrechte und der Demokratisierung erreicht werden können; spricht sich für die Einbindung der Zivilgesellschaft in die Arbeiten der Versammlung und ihrer Ausschüsse aus; schlägt hierfür vor, den Vertretern der Zivilgesellschaft einen spezifischen Status einzuräumen;
44. beauftragt seinen politischen Ausschuss für Sicherheit und Menschenrechte, fortlaufend Folgendes zu überwachen:
 - die politische und Sicherheitslage zwischen Israel, Palästina und den Nachbarländern des Nahen Ostens;
 - die übrigen politischen Probleme der Sicherheit und der Nachbarschaft zwischen den Partnerländern und insbesondere die Frage Zyperns;
 - die Zusammenarbeit der Europa-Mittelmeerländer im Bereich der Sicherheit, des Kampfes gegen den Terrorismus und der Bekämpfung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen;
 - die Stärkung des demokratischen Prozesses in allen Partnerländern und insbesondere des ordnungsgemäßen Ablaufs von Wahlen;
 - die Umsetzung der Empfehlungen und der Aktionsprogramme, die von der Kommission geleitet werden (Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte);
 - die Achtung der Menschenrechte und der Rechte der Frau in jedem einzelnen der Partnerländer und die Förderung der Rechte der Frau in ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Dimension;
 - in diesem Rahmen die Anwendung der Aktionsplattform von Peking und der Dokumente der Sondergeneralversammlung „Frauen 2000: Gleichstellung der Geschlechter, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert“ sowie der Schlussfolgerungen, die die Frauenrechtskommission der UNO in ihren Sitzungen seit der vierten Weltfrauenkonferenz angenommen hat;
 - die Ratifizierung und Umsetzung der internationalen Übereinkommen im Bereich Menschenrechte durch alle Partner;
 - die Umsetzung der Erklärung von Sanaa vom Januar 2004;

- das Ergebnis der Zusammenkünfte der Zivilgesellschaft und der NRO in der Region und zwar im Kontext des Strebens nach Entwicklung und Modernisierung sowie der Bemühungen um Reform im Mittelmeerraum;

45. wünscht, dass größere Anstrengungen im Bereich der Förderung der Rechte der Frau im Rahmen des Barcelona-Prozesses unternommen werden; fordert insofern die Umsetzung eines regionalen Aktionsplans zur Förderung der Rechte der Frau und der Gleichstellung der Geschlechter im Geiste des Berichts des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen; fordert alle Mitgliedstaaten des Barcelona-Prozesses auf, ihre Vorbehalte gegenüber dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) fallen zu lassen;
46. wünscht, dass dieser Prozess zu einer Verbesserung des Status und der Rechte der Frau und zu einer Stärkung ihrer Beteiligung am sozialen und politischen Leben eines jeden betroffenen Staates führt; beauftragt seinen politischen Ausschuss für Sicherheit und Menschenrechte, dieses Thema weiterzuverfolgen;
47. beabsichtigt auch, sich mit den praktischen Modalitäten zur Aufwertung der Rolle der Zivilgesellschaft bei der Förderung der Menschenrechte in der Region zu beschäftigen;
48. begrüßt in diesem Sinne die Schaffung einer Nichtregierungsplattform Euro-Med für das Bürgerforum, das seine erste konstitutive Sitzung im April in Luxemburg haben wird, und betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, eine enge Zusammenarbeit mit dieser Plattform aufzubauen;
49. unterstützt die Ausweitung des Barcelona-Prozesses auf neue Dimensionen, wie etwa die mögliche Beteiligung der Partnerländer des Mittelmeerraums an der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und an den Friedenserhaltungsmissionen der Vereinten Nationen;
50. ist der Auffassung, dass die „Anna Lindh“-Stiftung für den Dialog zwischen den Kulturen hervorragend dafür geeignet sein dürfte, eine echte „Allianz der Zivilisationen“ im Mittelmeerraum zu fördern; hält es in diesem Zusammenhang für wesentlich, dass ihre Tätigkeiten sich nicht nur an junge Menschen und die intellektuelle Elite, sondern auch an die gesamte Gesellschaft und insbesondere an die ärmsten Bevölkerungsschichten richten;
51. wünscht, dass die Versammlung und die Stiftung eng zusammenarbeiten, um das „Visibilitätsdefizit“ zu beseitigen, unter dem die Partnerschaft in der Zivilgesellschaft der beiden Ufer des Mittelmeers leidet; fordert insofern, dass praktische Modalitäten der Zusammenarbeit sobald wie möglich zusammen mit einem geeigneten Netz geschaffen werden, das die Verbände und die Hochschulen der Mittelmeerländer verbindet;
52. fordert, dass eine gemeinsame Strategie ausgearbeitet wird, um gegen Naturkatastrophen im Mittelmeerraum wirksam vorgehen zu können, insbesondere die Umsetzung eines Frühwarnsystems und von Kooperationsprogrammen für den Wiederaufbau der betroffenen Regionen, wobei auch die Atlantikküsten der Mitgliedstaaten, die als

Gefahrenzonen eingestuft werden, einbezogen werden sollten, und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Arbeit der Weltkonferenz zur Reduzierung von Katastrophen, die vom 18. bis 22. Januar 2005 in Kobe, Japan, stattgefunden hat;

53. beschließt, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die den Auftrag hat, das Problem der von europäischen Streitkräften in Ägypten und in allen Ländern der Region im Zweiten Weltkrieg gelegten Landminen zu untersuchen;
 54. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung der nächsten Europa-Mittelmeer-Konferenz der Außenminister, dem Ministerrat der Europäischen Union, der Kommission, den Parlamenten und Regierungen der am Barcelona-Prozess teilnehmenden Länder und dem Europäischen Parlament zu übermitteln.
-